

Pressekommentar

Gebäudemodernisierungsgesetz: Kaum Konsequenz trotz breiter Kritik

Berlin, 10.07.2026: Der Bundestag hat heute das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) verabschiedet. Nach Monaten der Debatten, Anhörungen und Warnungen aus unterschiedlichen Richtungen geht das Gesetz nun weitgehend unverändert durch das parlamentarische Verfahren. Aus Sicht des Bundesverbands Nachhaltige Wirtschaft ist das ein problematisches Signal.

„Wir erleben erneut, dass Kritik zwar zur Kenntnis genommen wird, aber kaum in konkreten Verbesserungen mündet. Ein Gesetz, das so viele Fragezeichen aufwirft – etwa woher die benötigten grünen Brennstoffe in ausreichender Menge kommen sollen und wie die angekündigten Vereinfachungen trotz zusätzlicher Nachweis- und Abrechnungspflichten funktionieren sollen – darf im Wesentlichen nicht unverändert verabschiedet werden. Das untergräbt Vertrauen und verschiebt die wesentlichen Konflikte in die Zukunft“, so Konstantin Litke, Leiter Politik und Kommunikation beim BNW.

Beratungsresistenz statt Planungssicherheit

Zentrale Schwachstellen bleiben bestehen: Ein klares Auslaufdatum für neue Gas- und Ölheizungen fehlt weiterhin. Gleichzeitig wird mit der Bioquote bzw. „Bio-Treppe“ ein Pfad in Richtung Klimaneutralität bis 2045 beschrieben, ohne dass überzeugend erläutert wird wie dieser Pfad realistisch und sozial ausgewogen erreicht werden soll. Das erzeugt nicht nur Unsicherheit für private Haushalte und Unternehmen, sondern lädt auch dazu ein, notwendige Investitionsentscheidungen weiter zu vertagen.

Kein Kompromiss, sondern ein Warnsignal

„Wenn zentrale Fragen offenbleiben und fossile Optionen weiterhin attraktiv erscheinen, verliert der Klimaschutz im Gebäudesektor wertvolle Zeit. Das GModG setzt damit keine Leitplanken für den schnellen Umstieg auf klimaneutrale Wärme“, so Litke abschließend.

Mehrere Klagen sind angekündigt oder bereits auf den Weg gebracht. Wenn politische Konflikte absehbar in langwierigen gerichtlichen Verfahren münden, ist das kein Zeichen für Planungssicherheit, sondern Ausdruck eines Gesetzgebungsprozesses der offene Fragen nicht ausreichend klärt.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Valerie Poschmann

Referentin für politische Kommunikation

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

[Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.](#)

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>